

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2908-2907

Deutschlands Justizschande.

Katastrophale Auslandswirkung des Münchener Urteils.

Wie aus Paris gemeldet wird, findet das Urteil im Hitler-Prozess in der Presse eingehende Besprechung. Eine große Anzahl Blätter machen die deutsche Regierung direkt für dieses Urteil verantwortlich und konstruieren Zusammenhänge zwischen der Entscheidung des Münchener Volksgerichts und den letzten Reden des Außenministers Stresemann auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei. Stresemann, der für die Politik des Reiches verantwortlich sei, schreibt der „Matin“, habe dieses ständlose Urteil vorbereitet und gewollt. Offiziell werde die Aufhebung gegen den Friedensvertrag zu einer nationalen Pflicht erhoben.

Das jetzige Deutschland sei das Deutschland
Stresemann-Ludendorffs.

Zahlreiche Blätter versuchen die Aufmerksamkeit Englands auf das Münchener Urteil hinzuwenden. Die Linkspresse zieht vielfach Vergleiche zwischen dem Freispruch Ludendorffs und der Verhaftung des Professors Quibbe in München. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ glaubt allerdings, daß auch die französische Politik an dem Anschwellen der nationalistischen Front in Deutschland Anteil hat. Man könne nicht unfinnig daran denken, daß

der „Nationale Bloed“ mit den Münchener Monarchisten gestiftet und sie dazu ermutigt habe, aus ihrem Bande die Bräutlinge zu machen, von der aus die alldeutschen Gewerkschaften sich über das ganze übrige Deutschland verbreitet haben, und dies um so leichter, als die Ruhrkapulation noch weiter zur Verschärfung des Hasses beigetragen habe. Wo eine Politik zu derartigen Resultaten führe, sei sie gerichtet. „Eidre: Barote“ schreibt, der Prozeß habe einen Vorteil gehabt, nämlich den, den

Bruch zwischen dem katholischen Bayern und dem protestantischen Preußen

nach zu stärken und auf diese Weise die Trennung zwischen den verschiedenen „Elementen der Revanche“ in Deutschland zu verschärfen.

Der „Temps“, der dem Münchener Urteil einen Beitrag widmet, kommt zu dem Schluß, der Freispruch sei von der Erregung diktiert, daß Ludendorff die höchste Verkörperung des deutschen Revanchegedankens sei. Das Blatt will eine Bestätigung dieser Auffassung in den Ausführungen finden, die Stresemann am Sonntag über den Münchener Prozeß und die militärischen Geheimorganisationen in Deutschland gemacht habe. Jeder Kommunist, sagt das Blatt, würde die Wirkung der Stresemann-Rede abschwächen, jede Partei einen unnützen Zeitverlust darstellen. Es gäbe darauf nur eine Antwort: die unzulängliche

Wiederaufnahme der militärischen Ueberwachung Deutschlands.

Auch in England ist man über den neuen Akt der deutschen Justizschande entsetzt und empört. Die Presse bezeichnet das Urteil im Hitler-Prozess als eine Farce. „Daily News“ schreibt in einem Beitrag, die Hochrufe der Münchner Menge bei der Verkündung des Urteils könnten Deutschland teuer zu stehen kommen. „Morning Post“ führt aus, in ganz Deutschland vermehren sich die Anzeichen, daß die reaktionären Kräfte große Fortschritte machten. Es würde für die Alliierten äußerst schwer werden, irgendeine vernünftige Regelung mit Deutschland zu erzielen.

Justizkatastrophe.

Selbst in Bayern rückt man ab.

München, 2. April. (WZ.) Die Münchener Morgenblätter nehmen eingehend zu dem Urteil im Hitler-Prozess Stellung. Die „Augsburger Abendzeitung“ findet nach ausführlicher Würdigung der rechtlichen Seite das Urteil gerecht.

Der „Bayerische Kurier“ ist der Auffassung, daß das Urteil der bisherigen Prozeßführung durchaus angemessen sei und sagt: Ein Prozeß, in dem alle Rollen vertauscht waren, der von der Gerichtsverhandlung oft nur den Namen trug und dessen Verlauf in weiten Volkskreisen die furchtbare Auffassung erweckte, als ob es zweierlei Recht gebe, konnte nicht anders beendet werden als durch das verkündete Urteil.

Das Urteil des Volksgerichts ist ein Fehlurteil, dessen Rückwirkungen auf das Ansehen der bayerischen Justiz unabsehbar sind. Das Blatt überschreibt den Artikel: „Justizkatastrophe“.

Die „Allgemeine Zeitung“ vertritt die Ansicht, daß das Urteil ein politisches sei. Das freisprechende Urteil sei, psychologisch betrachtet, eine härtere Strafe, als wenn Ludendorff mit den anderen Helden des Putsch zu 5 Jahren Festung verurteilt worden wäre, denn

Schlimmeres könne einem Mann von dem Ansehen Ludendorffs nicht zugesagt werden, als daß er wie ein Schonungsbedürftiger Charakter und wie ein greifenhaft gewordener Mann behandelt werde.

Hinsichtlich der politischen Auswirkung im Ausland und auch vom innerpolitischen Standpunkt aus sei das Urteil nicht ungeschickt; denn es nehme unseren Feinden wie der gläubigen Menge der Hitler-Berehrer einigen Wind aus den Segeln für den Wahlkampf, der ohne Fahrt verpuffen hätte.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ stellen zusammenfassend fest: Die Männer vom November 1923 haben sich nicht den tatsächlichen Erfolge. Was sie erstrebten, war unzeitgemäß und vorzeitig. Ob in München oder an der Landesgrenze Bayerns, ihr Verzicht wäre immer totgekauft, weil er wieder die außenpolitische nach die innenpolitische Lage richtig in Rechnung

stellte. Sie verkannnten die nationalen Notwendigkeiten trotz achtsamer Botschaft, und so mußte das Gesetz über sie herrschen.

München, 2. April. (WZ.) „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ schreibt zum Volksgerichtsurteil im Hitler-Prozess u. a.: Man muß zu dem Schluß kommen, daß hier ein Urteil gefällt worden ist, das dem Rechtsempfinden in keiner Weise gerecht wird, weil die Straftat und das Objekt der Straftat einerseits und das Strafmaß andererseits in keinerlei Verhältnis zueinander stehen. Das Gericht hat von dem Recht, Bewährungsstrafen zu gewähren, in sehr reichlichem Umfang Gebrauch gemacht. Es hat mit diesem Mittel die Strafen beinahe praktisch aufgehoben, obwohl keinerlei Gewähr gegeben ist, daß die Verurteilten die Voraussetzungen für die Bewährungsstrafe irgendwie erfüllen. Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Sache Ludendorff einen Sonderfall darstellt. Der Freispruch des Generals löst sich nur bei Anerkennung eines solchen Sonderfalles einigermaßen verstehen. Der Freispruch wird von aller Welt als dem Heerführer Ludendorff geltend angesehen. Dem Politiker Ludendorff geracht der Freispruch wie alle Dinge, die er in der Politik unternommen hat, nicht zum Ruhme.

Verfahren gegen Kahr, Löffow und Seißer.

Vor der Einstellung?

SS. München, 2. April. Die Italienreise der Herren v. Kahr, v. Löffow und v. Seißer, gegen die bekanntlich seit einigen Wochen ein Verfahren wegen Hochverrats schwebt, hat in weitesten Kreisen großes Aufsehen erregt, da es zunächst unverständlich erschien, daß drei eines so schweren Vergehens bezichtigte Personen mit Einverständnis der Ermittlungsbehörde die Auslandsreise anzutreten in der Lage sind. Inzwischen werden über den Gang der Ermittlungen Einzelheiten bekannt, die darauf hindeuten, daß das Verfahren in kurzer Zeit zur Einstellung gelangen wird. Die Staatsanwaltschaft erklärt in dem Verhalten der drei Herren keine strafbare Handlung, was ja auch aus der Tatsache hervorgeht, daß in der Begründung des Urteils gegen Hitler und Genossen an der Stelle, die sich mit der rechtlichen Würdigung des Verhaltens des Generals Ludendorff befaßt, ausdrücklich gesagt wird, General Ludendorff habe sich weder des Hochverrats, noch der Beihilfe schuldig gemacht, da er sich nicht Hitlers krasphemem Vorhaben angeschlossen, sondern geneigt war, auf die Vorschläge Kahrs, Löffows und Seißers einzugehen, die eine Umstellung der Regierung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung anstrebten. Wie verlautet, ist die Vernehmung der drei Kronzeugen aus dem Hitler-Prozess durch die Staatsanwaltschaft bereits abgeschlossen, und es werden nur noch wenige Zeugen gehört werden, die zum Teil sogar in Berlin kommissarisch vernommen werden sollen.

Löffow geht nach Angora?

Im Zusammenhang damit erhält sich in Kreisen, die General v. Löffow nahe stehen, hartnäckig das Gerücht, daß der General nicht nach Bayern zurückkehren werde, sondern daß er sich der türkischen Armee verpflichten habe. General v. Löffow, der bekanntlich ein genauer Kenner des Balkans ist, unterhält bis in die neuere Zeit Beziehungen zur türkischen Regierung, und aus dem Prozeß dürfte noch erinnerlich sein, daß der General bereits im Oktober vorigen Jahres durch keinen bekanntgewordenen „Angora-Artikel“, der durch die Pressestelle des Generalstaatskommissariats weitesten Kreisen zugänglich gemacht worden ist, sich für die Uebertragung der türkischen Politik auf Bayern stark einsetzte.

Sie bleiben uns erhalten.

München, 2. April. (WZ.) Von zuständiger Stelle erfahren wir: Die Meldung eines Berliner Blattes, daß Kahr und Seißer nicht mehr auf ihre Posten zurückkehren werden, entspricht nicht den Tatsachen. Von einer Berufung des früheren Polizeipräsidenten Kahr an Stelle des früheren Generalkommissars v. Seißer durch einen Beschluß des Gesamtministeriums kann keine Rede sein. Ein solcher Beschluß ist nicht erfolgt. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, Oberleutnant Jorkner sei das Amt Seißers übertragen worden. Jorkner ist nur für die Zeit der Benennung des Kommandanten Seißer als dienstältester Offizier der der Stellvertreter Seißers.

Der unbewaffnete „Stahlhelm“.

Ein Arbeiter erschoten. — „Wir sind schwer bewaffnet!“

Hannover, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Provinz Hannover gerät sich der „Stahlhelm“ immer deckfester. Wiederholt hat er die Bergarbeiterbevölkerung in Borstinghausen in herausfordernder Weise belästigt. Zu einem neuen schweren Zusammenstoß kam es am Montagabend in Grasdorf bei Hannover anlässlich der Gründung eines Ortsvereins des „Stahlhelm“, wozu mehrere Hundertschaften zusammengezogen waren. Schon auf dem Wege nach G. wurde gepöbelt: „Heute Abend laßt die Roten kommen, wir sind schwer bewaffnet!“ „Heute kommt es anders!“ Tatsächlich waren die Stahlhelmlente mit untergeschnittenen Degen, Gummiknütteln und Revolvern ausgerüstet und suchten eine Schlägerei herbeizuführen. Arbeiter, die die Versammlung des „Stahlhelm“ besuchen wollten und aus ihrer gegnerischen Gesinnung kein Hehl machten, wurden am Saaleingang überfallen. Dabei wurde der 17-jährige Arbeiter Will! Schulz mit einem Degen durch den Hals gestochen. Seiner schweren Verletzung ist er am Dienstagmorgen erlegen. Außerdem gab es zahlreiche Verletzungen.

Arbeitgeber und Reichsregierung.

Aus den Geheimdokumenten des Unternehmertums.

Während in der vorigen Woche der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bei Kroll ihre öffentliche Vorstellung gaben, war der Schauplatz der wirklichen Arbeit fürsorglich hinter die Kulissen verlegt. Wir sind heute in der Lage, den Inhalt dieser Arbeit, soweit er sich auf die Lohnfrage bezieht, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es handelt sich um ein Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Nr. 86, datiert vom 28. März, betreffend Lohnpolitik, Ergebnisse der Aussprache im Tarifauschuß vom 25. März 1924. In diesem Schreiben heißt es:

Reichsminister Dr. Marx hat in seiner Ansprache bei der Industriekonferenz ausgeführt, das Hauptproblem der gegenwärtigen Wirtschaftslage — darüber dürfe wohl nur eine Stimme sein — sei die Währungsicherung unserer Währung. Die Währung bildet den Ausgangspunkt eines jeden Wirtschaftsaufbaues, mit ihr steht und fällt unsere Zukunft.

Auf diesen Grundgedanken ist auch die derzeitige Lohnpolitik einzustellen. Die allgemeine Erhöhung des derzeitigen Lohn- und Gehaltsniveaus um 1 Pfennig pro Stunde würde für die ganze Wirtschaft eine Mehrbelastung von 500 Millionen Goldmark im Jahr ausmachen. Aus dieser Zahl ist die Auswirkung der Lohnpolitik auf die Währung für jeden ersichtlich. Regierung und Wirtschaft haben danach die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Währung verbundenen Gefahren mit allem Nachdruck zu stemmen. Wir müssen von dem Reichsarbeitsministerium, den Schlichtern und der Arbeiterschaft verlangen, daß sie diesen Gefahren auch ihrerseits Rechnung tragen, da der erneute Zusammenbruch der Währung auch die deutsche Arbeiterschaft vernichten würde.

Es wird dann weiter gesagt, daß die gegenwärtigen Löhne eine Erhöhung des Reallohnes um 20 bis 30 Proz. gegenüber November des Vorjahres bedeuten, teilweise sogar um 100 Proz. über den Reallohn der Inflationszeit liegen. Da in dem Rundschreiben selbstverständlich nicht behauptet wird, die Löhne lägen gegenwärtig über den Vorkriegslohn, so kann man daraus ersehen, wie sehr die Arbeitgeber bemüht gewesen haben, als sie im September des vorigen Jahres behaupteten und Herrn Stresemann verkünden ließen, daß die Löhne damals bereits über den Vorkriegslohn lagen. Von den ungelerten Arbeitern behauptet das Rundschreiben allerdings, daß deren Löhne „im allgemeinen auf Friedensrealhöhe“ sich befänden. Dann heißt es:

Es muß erneut betont werden, daß die Forderung der Arbeitnehmer zurzeit nicht eine Folge zu niedrigeren Lohn- und Gehaltsniveaus, sondern eine Folge der Arbeitslosigkeit ist. Deshalb gilt es vor allem, durch Steigerung und Verbilligung der Produktion (Arbeitszeitverlängerung) den Umlauf zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Eine Verbilligung der Arbeitszeit bedeutet abnehmende Steigerung des Reallohnes.

Die Arbeitgeber übersehen dabei geflissentlich, daß die Arbeitslosigkeit eine Folge der niedrigen Löhne ist, die die Kaufkraft der breiten Massen aushöhlen. Eine Beibehaltung der niedrigen Löhne würde einer Verminderung der Arbeitslosigkeit gleichkommen. Wenn in den letzten Monaten die Arbeitslosigkeit ganz erheblich zurückgegangen ist, so liegt das gerade an der Steigerung des Realeinkommens, die zunächst eine Folge der Stabilisierung unserer Währung war und in weiterem den Gewerkschaften zu danken ist, die die Löhne langsam wieder in die Höhe zu treiben verstanden. Wenn heute noch eine außerordentliche Arbeitslosigkeit herrscht, so liegt das vor allen Dingen daran, daß die Löhne noch bei weitem nicht ausreichen zur Führung einer menschenwürdigen Lebenshaltung. Was es nun gar mit der Steigerung der Produktion und des Reallohnes durch eine Verlängerung der Arbeitszeit auf sich hat, haben wir auf Grund von Äußerungen aus Unternehmerkreisen wiederholt aufgeklärt.

In dem Rundschreiben wird dann auf die Wichtigkeit der Haltung des derzeitigen Lohnniveaus im Bergbau und in der übrigen Rohstoffindustrie hingewiesen. Hier wäre eine Lohnsteigerung ohne eine gleichzeitige Preissteigerung nicht möglich. Daraus würden den Arbeitgeberverbänden der Verarbeitungsindustrie besonders ernste Pflichten erwachsen. Aus diesem Hinweis sieht man das Bemühen, die Gegensätze zwischen Schwerindustrie und Fertigungsindustrie auf Kosten der Arbeiter zu überkleistern. Tatsache ist, daß die Schwerindustrie heute einen wahren Terror gegenüber der Fertigungsindustrie ausübt. Dann heißt es weiter:

Die hier brohenden Gefahren sind um so größer, als in manchen Industriezweigen, namentlich in der Bekleidungsindustrie, im Buchdruckgewerbe u. a. zurzeit eine gute Konjunktur zu beobachten ist, die stellenweise bis zu einem empfindlichen Facharbeitermangel führte. Der Tarifauschuß wiederholt deshalb die in den letzten fünf Jahren immer wieder ausgesprochenen Warnungen vor einer reinen Konjunkturlohnpolitik. Der Tarifauschuß verweist hierbei im besonderen auch auf die Ausführungen des Reichsarbeitsministers im Reichstag, daß Löhne und Gehälter sich in erster Linie nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Industrien und Gewerbebezweige richten müssen. Damit hat auch der Reichsarbeitsminister sich gegen Lohnforderungen ausgesprochen, die ihre Ursache lediglich im Vergleich von an sich unvergleichbaren Löhnen haben. Besonders muß vorgebracht werden, daß die Lohnpolitik der Schlichter auf dem Wege sogenannter „Ausgleichs von Unebenheiten“ unauflösbar zu einer allgemeinen Erhöhung des Lohnniveaus führt. Durch eine solche Ausgleichspolitik wurde im März vorigen Jahres bekanntlich die

Stabilisierungsaktion aus Anlaß des Ruhrkampfes außerordentlich gefährdet.

Wfo nicht die Steuerscheu der Besitzenden, nicht die sträfliche Finanzierung des Ruhrkampfes mittels der Rotenpresse durch die bürgerliche Regierung Cuno, sondern die Hungerlöhne der Arbeiter und Angestellten haben den Zusammenbruch der Mark und damit des Ruhrkampfes herbeigeführt!

Dah teilweise schon ein starker Mangel von Facharbeitern zu verzeichnen ist, rührt zum guten Teil daher, daß die Arbeiter in Massen ins Ausland wandern, wo ihnen eine weit bessere Existenzmöglichkeit geboten wird als in Deutschland. Die Lohnpolitik, die hier die Arbeitgeber empfehlen, wird zweifellos nicht dazu beitragen, den Mangel an Facharbeitern zu beheben.

In dem Rundschreiben wird dann darauf hingewiesen, daß auch der bevorstehende Abbau der Wohnungswirtschaft nicht zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Lohnbewegung und zentralen Lohnerhöhung werden dürfe. Erstens stände noch gar nicht fest, in welchem Ausmaße die Mietsteigerung vor sich gehen würde, dann wäre diese ökonomisch verschieden und schließlich würden die Arbeiter, die Räume weitervermieten, daraus noch Vorteile ziehen.

Wfo solange die Wohnungswirtschaft bestand, wurde diese von den Arbeitgebern immer herangezogen, um die Niedrighaltung der Löhne zu begründen. Jetzt wird man den Arbeitgebern sogar vorreden wollen, daß sie bei den gesteigerten Mieten ja eigentlich ganz gut fahren und vielleicht gar noch die Herabsetzung der Löhne ertragen könnten! Dann wird weiter ausgeführt:

Der Tarifschutz wird sich deshalb beim Reichsarbeitsministerium nachdrücklich gegen eine zentrale Behandlung der Lohnfrage wenden und bei den sich aus einer neuen inflationstypisch wirkenden Lohnbewegung für die Währung und die Allgemeinheit ergebenden Gefahren in diesem Sinne auch beim gesamten Reichstabinett vorstellig werden. . . Die für die Beamten und Angestellten des Reiches erfolgte Neuregelung der Gehälter darf nicht zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Lohnregelung werden. Dasselbe gilt für die zurzeit noch schwebenden Verhandlungen über die endgültige Gestaltung der Reichsarbeiterlöhne, die im allgemeinen, den Finanzverhältnissen des Reiches entsprechend, heute noch zum Teil erheblich hinter den Industriegehaltslöhnen zurückgeblieben sind. . .

Wer das liest, dem wird klar, warum die Reichsregierung sich so hartnäckig gegen die Aufbesserung der Hungerlöhne der Reichsarbeiter stemmt. Diese Aufbesserungspolitik, die besonders bei der Reichsbahn schon zu schweren Konflikten geführt hat, ist die Politik der Scharfmacher im Unternehmertum. Die rein bürgerliche Regierung läßt es darauf ankommen, um nicht gegen die Weisungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu verstoßen.

Wenn das Rundschreiben eingangs anführt, daß die allgemeine Erhöhung der Löhne um 1 Pfennig pro Stunde eine „Mehrbelastung der Wirtschaft von 500 Millionen Goldmark im Jahre“ bedeutet, so kann man angesichts einer derartigen Mißmachrechnung über die Geldsarmut der Spitzenorganisation der deutschen Unternehmer nur staunen. Denn die „Mehrbelastung“ drückt sich in einer erhöhten Kauf- und Steuerkraft aus, führt also zur Steigerung der Produktion und des Profits und damit auch zur Steigerung der Einnahmen des Reichs. Damit ist auch die unsinnige Behauptung, daß gesteigerte Löhne die Währung gefährden, ad absurdum geführt. Wenn etwas unsere Währung gefährdet, so ist es die Verelendungspolitik der Arbeitgeber und der ihnen nur zu willfährigen bürgerlichen Reichsregierung.

Nunius Tacell, der diplomatische Vertreter des päpstlichen Stuhles in Deutschland, wird heute aus Anlaß seines 25jährigen Priesterjubiläums die Glückwünsche der Reichsregierung und aller Stellen, die mit ihm in Berührung gekommen sind, entgegennehmen. Der Vertreter des Papstes wirkt hier als ein Freund des deutschen Volkes im Geiste der Völkerverständigung. Das sichert ihm auch bei der Sozialdemokratie Sympathie und Respekt.

Kulturabbau.

In Weimar wollen wieder einmal diejenigen, die „die Seele nicht mögen witen“, die gegen den Geist des Staatlichen Bauhauses nichts vermögen, diesem Institut zu Leibe gehen. Sie hoffen, mit Hilfe des sehr willfährigen Landtages, der am 8. April zusammentritt, der Kulturschöpfung des Architekten Walter Gropius die wirtschaftlichen Grundlagen, d. h. die staatliche Subvention zu entziehen.

Man muß diesen Herrschaften energisch auf die Finger klopfen. Ihre acht ökonomischen Argumente, das Bauhaus sei ein Institut für Ausländer und ein Hort linkspolitischer Umtriebe, sind schnell entkräftet: von 110 Schülern der Anstalt sind es nur 6, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, und von den 18 Meistern ist Kandinsky, dessen Künstlerschaft schlechterdings nicht zu ersehen wäre, Russe, Moholy-Nagy: Ungar. Gegen diesen Prozentfuß von Ausländern an einer Schule, die internationale Bedeutung besitzt, können ernsthaftige Einwände nicht erhoben werden. Die Bauhausleitung erklärt mit allem Nachdruck, daß sie sich von jeher bewußt mit Strenge von jeglicher Politik ferngehalten habe. Beweise dagegen können nicht erbracht werden.

Ebenso schwach wäre die Behauptung von der verschwenderischen Unwirtschaftlichkeit der Anstalt begründet, wenn man die folgenden amtlich belegten Zahlen betrachtet: bei Begründung der Anstalt, also vor 5 Jahren, hatte das übernommene Inventar einen Wert von 2290 Goldmark. Heute, nachdem 10 Werkstätten mit neuen Werkzeugen und mit Arbeitsmaterial versehen wurden, sind es 55 000 Goldmark. In Nachwirkung der vorjährigen Bauhausausstellung, um deren Wiederholung sich, nebenbei gesagt, zahlreiche Kunststädte bewarben, wurden im vorigen Jahre für 13 000 Goldmark Erzeugnisse der Anstalt, in diesem Jahre schon für 12 000 Goldmark verkauft; es sind daran bereits 50 Firmen in 26 Städten beteiligt, und ein erheblich größerer wirtschaftlicher Aufschwung ist noch zu erwarten.

In Wahrheit handelt es sich bei dem neuerlichen Sturmlauf um etwas ganz anderes, nämlich immer noch um die Empörung des in seiner Ruhe aufgeschüttelten Spießbürgers gegen die Neuartigkeit des für unsere Zeit selbstverständlichen Gedankens der Durchdringung unseres ganzen Volksbewußtseins mit echter werklcher Gesinnung. Der Erfolg des hier zum ersten Male wieder verführten Zusammenwirkens von Form-Meistern, Wert-Meistern, Geistes- und Lehrlingen am gemeinsamen Bauwerk ist schon so offensichtlich, die Reinheit des Willens und die Echtheit der künstlerischen Idee des Bauhauses sind von hundertsten allerersten Fachleute schon so nachdrücklich bestätigt worden, daß die Landtagsabgeordneten es kaum wagen werden, sich noch auf eine eigene Prüfung einzulassen. Auch mußte es ihnen zu denken geben, daß der Deutsche Werkbund, der doch keineswegs im Geruch allzu forschrittlicher und sicherlich nicht in dem „antimodernen“ Gestaltungsgefühl erst neuerdings wieder beschloffen hat, sich mit allem Nachdruck hinter das Staatliche Bauhaus zu stellen.

Wfo: Hände weg!

Politische Urkundenfälschung.

Stinnes-Vensch macht alles.

Karl Marx, der seine Vappenhäuser kannte wie nur einer, schrieb im kommunistischen Manifest das klassische Wort: „Die Bourgeoisie . . . hat den Arzt, den Juristen, den Gelehrten zu ihrem bezahlten Angestellten gemacht.“

Hugo Stinnes hat sich den vom sozialdemokratischen Kultusminister Haenisch zum Professor beförderten früheren Sozialdemokraten Paul Vensch verschrieben. Der muß nun für ihn Politik machen. Sie ist auch danach. Da der ehemalige „Marxist“ sonst nichts Geschicktes anzufangen weiß, wendet er seine Aufmerksamkeit der Partei zu, in der er früher zu den Wortradikalen gehörte. Heute leistet er sich ein Fälscherkunststück, wie er vor Zeiten sie im Arsenal des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie fand und in flammender Entrüstung bekämpfte.

Der Tatbestand ist dieser: Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in durchsichtiger Absicht eine Zuschrift von einer angeblich der Führung der englischen Arbeiterpartei nahestehenden Seite, in der versichert wird, die Labour-Party wüßte im Interesse der internationalen Politik einen Wahlsieg der Deutschnationalen.

Trotzdem der Schwindel auf der Hand lag, sandten wir die angebliche Zuschrift an die Zeitung der Arbeiterpartei und boten um eine Aeufserung. Sie erfolgte prompt. In unserer Dienstag-Morgenausgabe teilen wir das Telegramm mit, das die Genossen Bramley und Cramp im Auftrage des Exekutivkomitees der Arbeiterpartei an uns sandte, es hatte folgenden Wortlaut:

Wir ermächtigen Sie, folgendes zu erklären:

Die britische Arbeiterpartei setzt bei den kommenden Reichstagswahlen ihre Hoffnung auf einen Sieg der sozialistischen, republikanischen und internationalen Kräfte.

Derjenige, der sich in der „Deutschen Tageszeitung“ als eine der britischen Regierungspartei nahestehende Persönlichkeit bezeichnet, hat, wie immer er sei, kein Recht, im Namen der britischen Arbeiterpartei zu sprechen.

Die „D.N.Z.“ der Stinnes-Vensch druckt nun dieses Telegramm ab, unterschlägt aber den zweiten, hier seit gedruckten Satz, der erst den Anlaß dieses Telegramms erkennen läßt. Nachdem so durch plumpe Fälschung der Sinn der ganzen Depesche entstellt ist, legt Dr. Vensch gegen die Sozialdemokratie los: „Man soll sich außerhalb Deutschlands erst eine Partei suchen, die einer derartigen Aktion fähig wäre! . . . Auch heute, wo die Arbeiterpartei in England am Ruder ist, wissen ihre Führer nichts anderes zu tun, als für den französischen Imperialismus Steigbügeldienste zu leisten.“

Wenn das richtig wäre, so würde es allerdings für die „Deutsche Tageszeitung“ einfach niederschmetternd sein; denn dann würde die Partei so stehen, daß die angeblich „der englischen Regierungspartei nahestehende“ Seite in dem Agrarierblatt den Sieg der Deutschnationalen gewünscht hätte, um „den französischen Imperialismus Steigbügeldienste zu leisten“.

Es ist aber nicht so. Und der Chefredakteur der „D.N.Z.“ von Stinnes Gnaden kann eine solche Polemik nur anbringen, nachdem er durch eine plumpe politische Urkundenfälschung den Sinn der telegraphischen Erklärung der Arbeiterpartei in sein Gegenteil verkehrt hat. Wir stellen diese Methode hier nur fest. Das Urteil darüber wird sich jeder selbst bilden können, der da weiß, daß Hugo Stinnes ohne Rücksicht auf nationale Grenzen Geschäfte mit französischen wie mit englischen Kapitalisten macht, wenn die jeweilige Profitrate es ihm angebracht erscheinen läßt.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die doch wohl „die Nächste dazu“ wäre, überläßt das Feld neidlos dem Vensch. Seit ihr Schwindel über die Ansichten der Labour-Party enthüllt ist, sucht man vergebens in ihr noch irgendeine Aeufserung über den Fall. Sie hat weder ihre Behauptung aufrechterhalten, noch sie richtig gestellt. Sie schweigt betreten und überläßt es dem ehemaligen Marxisten in Stinnes' Diensten, sich bloßzustellen, so gut er es vermag.

Frankreich und die Separatisten.

Wertvolles Gesändnis. — Die Rolle des Ministers Fabry

Es ist hier von vornherein vor optimistischen Erwartungen gewarnt worden, die an die Tatsache geknüpft werden könnten, daß in der neuen Regierung Poincaré zwei Männer seien, die bei verschiedenen Gelegenheiten an den Methoden der ersten Regierung Poincaré Kritik geübt haben. Zwar wird auch in linksgerichteten französischen Blättern versichert, daß der Senator Henry de Jouvenel als Exponent des Völkerverständens in das neue Ministerium eingetreten sei und daß dem Handelsminister Loucheur die besondere Aufgabe zugefallen sei, angesichts des bevorstehenden Ablaufes der Wicuumverträge „die Politik von Essen durch die Politik von Wiesbaden zu erproben“. Einstweilen können wir aber an diesen Umschwung noch nicht recht glauben, zumal es Loucheur für nötig gehalten hat, in einem gestern erschienenen Interview des nationalistischen Blattes „Eclair“ die Behauptung als „absurd“ zurückzuweisen, daß er ein Gegner der Ruhrpolitik sei.

Aber auch ohnedies würde die sonstige Zusammenfassung des neuen Kabinetts allen Anlaß geben, die Aussichten auf Fortschritte der Vernunft als sehr gering erscheinen zu lassen. Die geradezu symbolische Bedeutung der Tatsache, daß die zwei einzigen Mitarbeiter Poincarés, die von der ersten in die zweite Regierung übernommen wurden, Maginot und Le Trocquer, gerade die zwei Hauptexponenten der Ruhrpolitik sind, wurde hier bereits hervorgehoben. Noch bedenkllicher aber erscheint die Erhebung des radikalen Kolonialministers Sarraut durch den früheren Obersten Fabry. Letzterer ist einer der Hauptvorkämpfer des Gedankens der aktiven Unterstützung der rheinischen und pfälzischen Separatisten durch Frankreich und gehört zu den führenden Köpfen der Ligue franco-rhéenne, die sich die Loslösung der besetzten Gebiete vom Deutschen Reich zum besonderen Ziel gesetzt hat. Diese Liga, die die berühmtesten Köpfe des französischen und auch des belgischen Faschismus umfaßt, veranstaltete vor genau acht Tagen, am 25. März, in Paris eine öffentliche Kundgebung mit der Tagesordnung: „Die rheinische Unabhängigkeit.“ Als Redner war neben bekannten Royalisten, Bonapartisten und Faschisten auch der jetzige Kolonialminister Fabry angekündigt. Der Einladung zu dieser Versammlung war ein Aufruf beigelegt, der nach einem in der „Humanité“ jetzt veröffentlichten Auszug folgende Stellen enthielt:

„Wohin führt der Weg? Heber die Schwäche zur Feigheit? Zur endgültigen Unterwerfung unter Englands Vormundschaft?“

Den rheinischen Separatisten haben wir mit einem verbrecherischen Impulslassen geantwortet. Wir haben sie preisgegeben, nachdem wir im vergangenen Sommerzüge zu ihrer Verfügung gestellt hatten, nachdem wir Sätze für ihre Versammlungen requiriert hatten, nachdem wir ihnen erlaubt hatten, Geld zu drucken, und nachdem wir beschlossen hatten, daß dieses Geld zwangsweise unter Androhung schwerer Sanktionen angenommen werden mußte. Für uns bedeutet dieses Verhalten eine Schande.

Der Haß der Engländer und der Preußen gegen die Separatisten mag uns als Maßstab des Wertes dienen, den die Sympathie der Separatisten für uns hatte. Mögen sich alle wahren Franzosen zusammenschließen und am Vorabend der Wahlen ihrer Regierung zurufen: „Warum diese Schwäche, warum diese Preisgabe?“

Noch nie ist mit solcher Unzweideutigkeit die Tatsache zugegeben worden, daß Frankreich die rheinischen und pfälzischen Separatisten aktiv unterstützt hat. Wohl bewiesen es Hunderte von Vorfällen zur Genüge, dennoch trieb die Regierung Poincaré die Heuchelei so weit, daß sie die Protestnoten der Reichsregierung ungelesen zurückwies. Nach außen hin und insbesondere in seinen Verhandlungen mit der englischen Regierung hielt Poincaré an der erdärmlichen Fiktion fest, daß sich Frankreich dem Separatismus gegenüber „neutral“ verhalten habe. Eine bessere Widerlegung dieser Unwahrheit als in diesem Aufruf ist gar nicht denk-

Russischer Sommer im Renaissance-Theater.

Dsiff Dymof ist einer von den russischen Schriftstellern, die beinahe an das Menschengefühl kommen. Er erkennt die Menschen erst dann, wenn ihnen irgendeine schwüle Nacht oder eine winzige Leidenschaft zuteil. Vor Jahren spielte Dymofs kleines Liebesdrama „Wju“, in dem ein erotisches Dreigestirn erlischt. Es geschah darum, weil der Hahnrei des Stückes ein sehr ordentlicher, brauner Kerl war, und weil die spiritisierende junge Dame den poetischen Mann mit der sanfteren Wärme und den schwimmenden Augen vorzog. Auch in diesem „Sommer“ geht es um die gleichen Dinge. Nur wird zu dem tätigen Liebhaber und dem ungeschickten Ehemann noch eine Gesellschaft beleuchtender Nebenfiguren gestellt: das Kind, das alle Geheimnisse erahnt, der Student, der seine zwanzig Jahre durch schreckliche Schwermut wegwässern will — das sind sehr lebenswürdige Erfindungen eines partibeseitigten Psychologen. Aber Dsiff Dymof gefällt sich auch gern in der falschen Tränenföhrenromantik, und die Kolportage des Familienblattes ist ihm so vertraut, daß er sie beinahe wie ein Virtuose für seine Kunst gebraucht. Durch die vier Akte dieses Stückchens webt der Sommer, der die Tugend der Frauen gefährdet. Aber die Frau, eine sehr schöne, eine sehr ernsthafteste Sünderin, findet bald Verzeihung, wenn der Herbst schon durch die Blätter zittert. Dann wird dem Töchterlein und dem gebürtigen Gatten der fleißigen Liebhaberin so einsam zu Hause, daß sie nach dem Flüchtling mit allen Sinnen fahnden. Und wirklich, Sophie, die eben noch verlorene, vom Sommer und dem poetischen Freunde entführte Gattin und Mutter, kehrt mit herbstlichen, darum sehr stützlichen Gefühlen in das alte Haus zurück. Der poetische Herr hascht sogleich nach einer neuen Freundin seines zärtlichen, aber ungebildigen Herzens.

Dymof ist im bedeutenden Geschwäh stärker als in der Spannung der wirklichen Leidenschaft. Man erkennt ihn trotzdem in seinen Sentenzen wieder und vergißt die Schwäche, die ihn der sehr niedrigen Hausbodenheit ausliefert. Der russische Schriftsteller sollte der russischen Künstlerin Olga Tschadowa den Weg zum deutschen Theater öffnen. Frau Tschadowa kann sehr schön mit Gesien, weicher Umarmung, verführerischen Blicken und schwermütiger Grazie wirken. Sie verübt über die Vorzüge einer routinierten Filmschauspielerin. Die deutsche Sprache bereitet ihr noch Schwierigkeiten. Außerdem ist spürbar, daß Frau Tschadowa im Gemüte der Kolportage nähersteht als der Kunst. Ammerhin könnte es geschehen, daß sie in weniger anspruchsvollen Rollen ungewöhnlich auffällt. Mag hochdorf.

1000 Aufnahmen in der Sekunde. In der Sitzung der englischen „Studien-Gesellschaft für kinematographische Forschungen“ wurde kürzlich ein Vorversuch vorgeführt, der in der Sekunde tausend photographische Aufnahmen macht und damit eine Schnelligkeit erreicht, die sechzigmal größer ist als die der mächtigsten Schnellwerfergeschäfte,

die tausend Schüsse in der Minute verschießen. Der in Rede stehende kinematographische Aufnahmeapparat verbraucht rund 1500 Meter Filmband in der Minute. Nach der Verbesserung seines Erfinders ist man damit in der Lage, nicht nur die feinsten Vorgänge des Lebens der Insekten, sondern auch chemische Prozesse sowie die Entwicklung und Wirkung von Explosionskörpern, kurz, die feinsten chemischen und physikalischen Vorgänge zu beobachten und wiederzugeben, ein Verfahren, das auch für die Industrie von hohem Wert werden dürfte. Bei der Gelegenheit sei auch der Verfall der beiden französischen Kerze Commandon und Lomon gedacht, die diese in Laboratorium des Pariser Physiologischen Instituts gemacht haben. Es handelt sich dabei um ein Verfahren, das die Röntgenstrahlen mit einem eigens konstruierten kinematographischen Aufnahmeapparat kombiniert, wodurch es möglich wird, die Tätigkeit der Innenorgane eines lebenden Menschen auf der Leinwand zu demonstrieren. In der letzten Sitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften führten die beiden Erfinder ihr Verfahren einem Kreis von Sachverständigen vor; sie zeigten Filmstreifen, von denen, wie üblich, sechzehn Bilder in der Sekunde abgerollt wurden, und die lang genug waren, um dem Zuschauer einen vollen Einblick in den Brustkorb und die Bauchhöhle zu gestatten. Das Verfahren ermöglicht, alle Bewegungen des Herzens, der Lunge und der Organe der Bauchhöhle genau zu registrieren und zu verfolgen. Das Verfahren ist nicht nur von außerordentlicher Wichtigkeit bei der Unterweisung der Medizinstudenten, sondern bietet auch ein kostbares Hilfsmittel bei der Diagnose. Die in der Sitzung anwesenden Sachverständigen hatten Gelegenheit, auf der Leinwand die Tätigkeit der Innenorgane des einen Erfinders des Verfahrens, des Dr. Commandon, in allen Einzelheiten zu beobachten.

Schulbesuch über die Schulspflicht hinaus. Es wird vielfach befürchtet, daß für eine erhebliche Anzahl von Volksschülern und -schülerinnen, die zu diesen Dörfern ihre Schulpflicht beenden und zur Entlassung kommen, ausreichende Arbeitsgelegenheit nicht zu finden ist. Damit die Kinder nicht untätig bleiben und der Gefahr des Müßigganges ausgefetzt werden, ist beim preussischen Kultusministerium angesetzt worden, zuzulassen, daß diese Schüler die Schule noch weiter besuchen dürfen. Ein Ministerialerlaß ermächtigt nun die Regierungen da, wo es mit dem Schulbetrieb vereinbar ist, den Wünschen der Eltern oder Vormünder zu entsprechen. Die so freiwillig die Schule besuchenden Kinder gelten nicht als schulpflichtig und sind bei Berechnung des Schulungsgeldes außer Betracht zu lassen.

Vorträge. In der „Gesellschaft für Erdkunde“ hielt Prof. Nadaroff (Prag) über die neopolitische und wirtschaftsgeographische Struktur der Tschadowa. Samstag, 7 Uhr, im Kunstgewerbemuseum. Nur für Mitglieder und deren Gäste. — In der Humboldt-Gesellschaft sprach über „Die kulturelle Bedeutung des Rußlands“ Dr. Engelhardt, Freitag, 8 Uhr, Georgenstr. 30.

Englische Statistik der Hundestellen. Nach der neuesten englischen Statistik, die den Altersaufbau der Bevölkerung für das Jahr 1921 festlegt, ergibt sich, daß es in England und Wales 110 Hunderttausende gibt, d. h. Leute, die 100 Jahre und älter sind. Davon sind 80 Frauen und 30 Männer.

bar. Man mag nun gespannt sein, wie sich Poincaré in seinen weiteren Verhandlungen mit Macdonald in der Separatistenfrage verhalten wird, nachdem er einen Mann zum Minister genommen hat, der noch vor acht Tagen die Preisgabe der Separatisten durch Frankreich brandmarkte und dazu aufforderte, das Joch der „englischen Vormundschaft“ am Rhein abzuschütteln.

Der Sachverständigenbericht.

Vierjähriges Moratorium für Deutschland?

Paris, 2. April. (W.T.B.) „Petit Parisien“ will erfahren haben, daß das von den Sachverständigen vorgeschlagene Moratorium für Deutschland sich auf vier Jahre erstrecken soll.

Abänderungen zugunsten Deutschlands.

Paris, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Die von der französischen Presse verbreiteten Meldungen, daß die beiden Sachverständigenkomitees am Montag ihre Beratungen zu Ende geführt haben, sind unzutreffend. Wenn damit gerechnet werden kann, daß die Reparationskommission Ende dieser Woche im Besitze des Schlussberichts sein wird, so ist doch festzustellen, daß zahlreiche Spezialfragen noch immer der definitiven Lösung harren. So hat am Montag der Plan zur Reorganisation der Eisenbahnen und ihrer finanziellen Heranziehung zu den Reparationen neue Abänderungen zugunsten Deutschlands erfahren. Es soll in der Verteilung der finanziellen Last den Ansprüchen der Einzelstaaten, die vom Reich in Papiermark abgefunden worden sind und infolgedessen schwere finanzielle Einbußen erlitten haben, in gewissem Umfange Rechnung getragen werden.

Das Redaktionskomitee hat den Borentwurf des Schlussberichts und der Vorschläge beendet. Es fehlen aber noch Ziffern, über die bisher eine Einigung nicht zu erzielen war.

Die Verhandlungen zwischen London und Paris.

London, 2. April. (W.T.B.) Der Parlamentarischer Statistiker des „Daily Express“ schreibt in konservativen Kreisen sei man der Meinung, daß die Vereinbarung zwischen Poincaré und Ramsay MacDonald weiter vorgeschritten ist, als offiziell enthüllt wurde. In einem Beisatz schreibt das Blatt weiter, eine sorgfältige Durchsicht der letzten Rede Poincarés in der französischen Kammer bestätige, daß die französische Regierung bereit ist, irgendeiner Art von Reparationsregelung auf der Grundlage der Sachverständigenberichte zuzustimmen, vorausgesetzt, daß Großbritannien zähle. Wenn Macdonald in Verhandlungen mit dem französischen Auswärtigen Amt trete, so werde er finden, daß fast alle hervorragenden Politiker Frankreichs dafür sind, etwas in der Art des Sachverständigenberichts anzunehmen und sogar das Ruhrgebiet zu räumen, vorausgesetzt, daß ein Preis dafür gezahlt wird. Dieser Preis würde sein, daß Großbritannien die französische Schuld an England freilasse oder sie zur deutschen Schuld an England schlichte in einer Gestalt, die auf Streichung hinausläuft. Auf diese Weise würde der britische Steuerzahler nicht nur für den Frieden und die Wohlfahrt Europas, sondern auch für die Rettung Poincarés bei den kommenden französischen Wahlen zahlen müssen. „Daily Express“ schließt, ein Staatsmann, der eine derartige Preisgabe britischer Interessen versuchen würde, würde sicher scheitern.

Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ meint, der Premierminister werde demnächst im Unterhaus von den konservativen Führern gefragt werden, welches die Absichten der Regierung mit Bezug auf die französische Schuld an England seien. In konservativen Kreisen reize das Gerücht, daß in den Reparationsverhandlungen zwischen Ramsay MacDonald und Poincaré über die Verminderung oder Verschönerung der französischen Schuld verhandelt werde und daß die Gefahr bestehe, daß britische Interessen geopfert würden. Wenn die Regierung daher keine endgültige Antwort erteile, würden die Konservativen versuchen, eine Debatte zu erzwingen.

Arbeitsbeginn der Golddiskontbank.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht empfing heute einen Mitarbeiter des „Deutschen Handelsdienstes“ und gab Auskunft über einige Fragen, die den Arbeitsbeginn der Golddiskontbank betreffen. Hiernach wird das Institut seine Tätigkeit bereits im Laufe der nächsten Woche aufnehmen. Es ist nicht beabsichtigt, für die Golddiskontbank einen besonderen großen Apparat aufzubauen. Sie wird auch räumlich im Gebäude der Reichsbank in Berlin untergebracht sein und organisatorisch als eine Goldabteilung der Reichsbank funktionieren. Für das Befehlsgeschäft stehen die in Aussicht genommenen Beträge, vor allem das Eigenkapital der Bank, sofort zur Verfügung. Bei der Auswahl der Kreditnehmer wird vor allem darauf zu achten sein, daß das Institut in erster Linie gegründet wurde, um die Produktion der deutschen Wirtschaft zu fördern. Konsumkreditverträge kommen kaum in Betracht. Die bisher in der Öffentlichkeit angebotenen Mutmaßungen über den voranschreitenden Zinsfuß sind größtenteils unzutreffend. Voraussetzungen werden die Kredite bei der Bank selbst mit 10 Prozent zu verzinsen sein, so daß der letzte Kreditnehmer nicht mehr als 12 Prozent zu zahlen hätte. In erster Linie werden jedenfalls diejenigen Industrien Berücksichtigung finden, die ausländische Rohmaterialien usw. für den Export weiterverarbeiten. In diesem Falle das Heranziehen neuer Devisen und damit auch die Rückzahlung der Kredite am meisten gesichert erscheint. Es ist zu hoffen, daß der sofortige Arbeitsbeginn der Bank günstig auf den inländischen Devisenverkehr zurückwirken und einen großen Teil der Wirtschaft beruhigende Gewissheit geben wird, daß er die benötigten Einfuhrdevisen jederzeit bekommen kann. Hierdurch dürfte die sehr infolge der starken Reparationen eingetretene ängstliche Respektlosigkeit bald beseitigt werden. Dr. Schacht kehrt übrigens in absehbarer Zeit nicht nach Paris zurück, da die dortigen Beratungen zunächst abgeschlossen sind.

Massenforderung von Devisen.

Die Kurse gedrückt.

Ihre größte Aufmerksamkeit scheint die Börse zurzeit den Vorgängen am Devisenmarkt, die allmählich in immer größerem Maße eine niederdrückende Wirkung auf den Effektenmarkt auszuüben beginnt. Auch an der heutigen Börse wurde über dieses Thema lebhaft debattiert. Man erblickt in den geringen Zuteilungen eine überaus ernste Gefahr für die Ausgestaltung und den Wiederaufbau zahlreicher Industrien, erkennt aber keinesfalls, daß die Eingänge an Exportdevisen gerade in letzter Zeit viel zu wünschenswert sind. Die Höhe der täglichen Zuflüsse an den Devisenmarkt ist erdrückend und in den letzten Monaten stark gestiegen. Man spricht von Aufträgen in Höhe von über 300 Millionen Goldmark, die sich wohl allerdings zu einem großen Teil aus Konzentrationen zusammenfassen dürften und von denen höchstens 2 bis 3 Millionen Goldmark zugeteilt werden, eine Summe, die knapp den täglichen Zugang an Aufträgen ausgleicht.

Einige Besserungen verspricht sich die Börse von der Einführung des freien Devisenverkehrs, doch läßt sich eine Klärung dieser Frage noch gar nicht übersehen. So bleibt die Spekulation zurückhaltend, zumal auch die immer noch unbekanntem Ergebnisse der Sachverständigenberatungen und das rigoreuse Vorgehen der Reichsbank drückend auf die Stimmung wirken. Hinzu kommt noch, daß die weitere Besserung des französischen Frank neue Schwierigkeiten gegen Ende des Monats befürchten läßt, da viele Engagements per ultimo April und Mai laufen.

Die Festsetzung der Aprilmiete.

Die Miete für den Monat April ist gegenüber der Märzmiets um 8 Proz. der (reinen) Friedensmiete erhöht worden, und zwar ist dieser Mehrbetrag für die Ausführung laufender Instandsetzungsarbeiten bestimmt. Für April sind in Berlin zu zahlen:

in Wohnhäusern und sog. gemischten Häusern 31 Proz. der Friedensmiete,

in reinen Geschäfts- und Industriebauwerken 20 Proz. der Friedensmiete.

Die Ausführung der sog. Schönheitsvorrichtungen verbleibt in Berlin nach wie vor dem Mieter. Ein Betriebskosten nachschuß bis zur Höhe von 3 Proz. der Friedensmiete ist zu zahlen, wenn der Vermieter durch Vorlegung der Belege der Mietervertretung oder dem Mieter nachweist, daß er mit den in der festen Miete seit dem 1. Februar enthaltenen 15 Proz. für Betriebskosten in einem Monat nicht auskommen ist, obwohl er alle Betriebskosten auf die betreffende Zeit richtig verteilt hat. Feuerversicherungsbeiträge z. B., die für ein Jahr im voraus gezahlt sind, kommen nur mit ein Zwölftel in die Monatsabrechnung und 5 Proz. muß der Vermieter (wie bisher) vorweg aus seiner Tasche zahlen.

Auf 20 M. monatlicher Friedensmiete sind also für April in Wohnhäusern usw. 6,20 M. zu zahlen. Die Mietsteuer (Hauszinssteuer) ist noch nicht endgültig festgesetzt und daher noch nicht zu zahlen.

Eine bewegte Trauerfeier.

Völkische Radaupropaganda im Südwesten und Westen.

Zu einer Trauerkundgebung für den in französischer Gefangenschaft verstorbenen Wilhelm Dreger hatten sich heute morgen zahlreiche Abgeordnete der nationalen Verbände und Vertreter der Reichsregierung und verschiedener Behörden auf dem Anhalter Bahnhof eingefunden. Um die Szene nicht zu einem Sammelpunkt der deutschvölkischen Reaktion werden zu lassen, hatte sich auch das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ an den Feierlichkeiten auf dem Bahnhof beteiligt. Der erste Sinn dieser Kundgebung wurde aber völlig umgekehrt zu einer demonstration nationalistischen Herausforderung durch das brüsternde Verhalten der Hakenkreuzjünglinge, denen auch die Majestäts des Todes nur Mittel zur Radaupropaganda ist. Riefige Hakenkreuzsöhne, ein Jüngling in voller Hitler-Uniform, der die Orden des Verstorbenen trug, abgetakelte Orgelzungen und Militärs in schönster Friedensuniform, dazu strammstehende Kriegervereine gaben den entsprechenden Rahmen für dieses Bild einer „würdigen Trauerfeier“.

Nach dem Abtransport des Sarges nach dem Görlitzer Bahnhof, von wo die Ueberführung nach Eichwalde erfolgte, formierten sich die nationalistischen Verbände zu einem Demonstrationsszug. Lautes Abbrüllen der Gefänge: „Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweißrotes Band, hitler'scher Sturmtrupp werden wir genannt“ nebst der „Wacht am Rhein“ und „Heil dir im Siegerkranz“ bewies, wie sehr wieder einmal die schwarzweißrote Volksseele ins Kochen gekommen war. Das Echo aus dem Publikum aber war nur ein schwaches, wahrscheinlich hatte es für diese Art von politischen Profittendenwollen mit einem Leuten nicht das richtige völkische Verständnis. Polizei löste dann dicht vor dem Potsdamer Platz den Zug unter heftigen Widerständen seiner Teilnehmer auf. Im Verlauf der nächsten Stunde formierten sich jedoch einige Jünger der Völkischen von neuem, und im Westen, in der Gegend des Bahnhofs und Wittenbergplatzes, kam es zu neuen Demonstrationen. Zusammenstöße mit Polizei und den Vertretern der republikanischen Verbände erfolgten dann in der Schöneberger Straße, wobei auch einige der Hauptstreiter unter den Völkischen von der Polizei festgenommen wurden.

Wie wir erfahren, befindet sich unter den Verhafteten ein aktiver Reichswachtrossoffizier, dessen Festnahme in dem Augenblick erfolgte, als er einen Revolver aus der Tasche zog. Es wäre ganz interessant, über den Herrn etwas Näheres zu erfahren.

Der Trick der Wohnungsschwindler.

Hinter die Schliche eines Wohnungsvermittlungsbüros kam die Kriminalpolizei in der Trapezstraße. In dem Hause Nr. 2 unterhielt ein Herr Henkel ein Bureau, das prächtig anzeigte, es habe Wohnungen aller Art an der Hand. In anderen Büros glaubte man, daß Henkel gute Verbindungen haben müsse. In Wirklichkeit aber verfügte er über keine Wohnungen, betrieb vielmehr mit einem Herrn Buggenhagen zusammen einen einträglichen Schwindel. Buggenhagen war früher auf einem Wohnungsamt beschäftigt und hatte dort bei der Entlassung eine Menge Eintragungskarten gestohlen. Nicht nannte er sich Wohnungsamtsvorsteher. — Für die Leute nun, die sich auf die Anzeigen bei Henkel meldeten, füllte Buggenhagen die gestohlenen Eintragungskarten vom Wohnungsamt Friedrichshain, auf dem er beschäftigt gewesen war, respektvoll aus und verließ sie auch mit einem Stempel und einem Altkennzeichen. Nachdem er den Bewerbern die ausgefüllten Karten gezeigt hatte, ließ er sich von jedem 200 Goldmark zahlen. Um sie sicher zu machen, führte er die Leute in den Nachmittagsstunden, wo es geschloffen ist, nach dem Amt und steckte die Karten in den Kasten. Eine Eintragung konnte darauf natürlich niemals erfolgen, und die Leute warteten vergeblich, um endlich auf dem Wohnungsamt zu erfahren, daß sie in keiner Liste verzeichnet waren. Die Kriminalpolizei nahm die beiden Schwindler, die sich die Leute vermutlich auch noch mit anderen teilen mußten, fest und brachte sie nach Moabit. Aus den beschlagnahmten Büchern ist nicht zu ersehen, wer eine solche Karte bekommen und dafür kein gutes Geld bezahlt hat. Buggenhagen gibt zu, daß er eine ganze Menge Karten ausgefüllt hat, kann sich aber auf die Namen auch nicht mehr bestimmen. Die Betroffenen werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Wächter im Polizeipräsidium zu melden. Es kommen nur Karten für das Wohnungsamt Friedrichshain in Betracht.

Mörder gesucht.

Ein Mord an einem Bondfänger beschäftigt auch die hiesige Kriminalpolizei. Am 4. v. M. nahm der Bondfänger Kriebel in Borsum bei Werden a. d. Aller zwei Fremde unter dem Verdachte des Diebstahls auf der Straße fest. Bevor er sie abführen konnte, zogen die beiden ihre Pistolen und schossen ihn nieder. Die Mörder kamen nicht aus jener Gegend, sondern vermutlich aus einer Großstadt, und werden deshalb auch in Berlin gesucht. Beide sind große Gestalten, stehen etwa in der Mitte der zwanziger Jahre und tragen helle Regenmäntel. Der eine, ein blondhaariger, trug einen Schapphut, der andere, der am rechten Fuß einen großen Ballen hat, eine dunkle Schiffermütze. Auf ihre Ergreifung ist eine Belohnung von 500 Goldmark ausgesetzt. Mitteilungen über ihr Aufsuchen an Kriminalkommissar Dusch im Polizeipräsidium.

Revanchekrieg und Zotenfänger.

Zus unserem Referat wird uns geschrieben: Kürzlich abends geriet ich zufällig in das Hansa-Palastino in Moabit. Nach dem Filmproduzierte sich ein Sänger, der einen „serbischen“ Vortrag anfündigte und ein Lied „Michel wach auf“ zum Besten gab. Was man hier hörte, war mühselige Propaganda verbunden mit den niedrigsten Schmähungen und einer wilden Kriegshetze gegen

Die Untermiete

ist vom 1. April ab herabgesetzt worden; an Zuschlag für die Ueberlassung und Abnutzung der Einrichtungsgegenstände einschl. Vorhalten und Reklamen der Wäsche und Gardinen und einschl. der Säuberung des Zimmers sind ab 1. April zu zahlen:

40 Proz. der (reinen) Friedensmiete bei einfach möblierten Zimmern,

60 Proz. bei bürgerlich möblierten und

100 Proz. bei elegant möblierten Zimmern.

Ein einfach möbliertes Zimmer, bei dem die Friedensmiete 15 M. (leeren Raum 15 M. beirug, kostet also im April:

a) Miete für den leeren Raum: 31 Proz. von 15 M. = 4,65 M.
b) 40 Proz. Zuschlag zu 15 M. Friedensmiete = 6,00 M.

mithin (31 + 40) 71 Proz. von 15 M. = zus. 10,65 M.

Auf Drängen der sozialdemokratischen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Landtages hat der Wohnungsminister Hirtfelder namens der Regierung die Erklärung abgegeben, daß die für April festgesetzte eigentliche Miete unverändert bleiben soll, solange die Hauszinssteuer (Mietsteuer) erhoben wird. Diese soll nach dem im Landtage abgeschlossenen Kompromiß nur 400 Proz. (statt 600) der staatlichen Grundvermögenssteuer (etwa 18 Proz. der Friedensmiete) betragen, von der die Hälfte, also 8 Proz., für Neubauprozwecke verwendet werden, während die andere Hälfte sozialen Zwecken dienen soll. Stimmt das Staatsministerium dieser Regelung zu, so ist für April eine entsprechende Nachzahlung zu leisten.

Frankreich. Man glaubte sich in die nationalistische Lage vom August 1914 veretzt. Der Jüngling, der diesen Vortrag hielt, sah nicht aus, als hätte er im Kriege Gelegenheit genommen, für seine Weale zu kämpfen. Diese Auffassung wurde bestätigt, als er (in kalten Reden) dem begeisterten Publikum Worte erzählte, die nicht anders als Schweinereien bezeichnet werden können. Das Risiko dieses Vortrages war derartig niedrig, daß man sich in einem Boullonkeller veretzt glaubte. Man soll jedem Menschen kein Vergnügen lassen, oder die Tatsache daß das Hansa-Palastino in erster Linie von der Moabiter Arbeiterbevölkerung besucht wird, gibt uns Veranlassung, eine Darstellung zu brandmarken, die in ihrem nationalistischen, wie in ihrem zotenhaften Teil gleich ekeligerend auf jeder anständigen Arbeiter wirken mußte. Erfreulicherweise mischten sich in den Beifall auch einige Zeichen des Unwillens.

Unsere Wählerverfassungen.

In fünf Stellen und in fünf großen Sälen haben gestern unsere Genossen vor einer großen Schar von Wählern gesprochen, die Zeit- und Streiffragen grell beleuchtet und in eindrucksvoller Weise an der Katastrophenspolitik der Regierung Kritik geübt. Die Redner unserer Partei hinerließen überall einen starken Eindruck, ihre Ausführungen fanden lebhaften Wiederhall, und mit begeistert aufgenommenen Hochrufen auf die Sozialdemokratie wurden die Versammlungen geschlossen.

In der Schöneberger Hohenzollernschule sprach Genosse Aufhäuser, der mit den Kriegsschuldigen abrechnen, für eine Erfüllungspolitik eintrat und die innenpolitischen Maßnahmen der Regierung, ihre Abhängigkeit von der Schwerindustrie zum Schaden der Arbeiterschaft, den sozialen und Personalabbau, die beschleunigte Schulreform und den Hochverrat in Bayern, der geradezu chronisch geworden ist, auf das schärfste beurteilte. Er schloß mit dem Appell an die denkende Arbeiterschaft, die sozialistische Pflicht nicht zu verabsäumen gegen die Dürre überleben und reden und von Mitleid. In Mariendorf sprach Genosse Jubel! über den alten und neuen Reichstag. Seine Ausführungen über den vorliegenden Wahlkampf wurden mit großem Beifall aufgenommen. In seinem Schlusswort räumte er dem und deutlich mit den Kommunisten und ihren arbeitserfindlichen Tendenzen ab. In Brix hatte Genosse Dr. Jechlin das Wort. Er wandte sich scharf gegen die verlogenen Behauptungen aller derer, die der Sozialdemokratie die Schuld am Abbruch des Vertrages von Versailles in die Schuhe schoben, während die wahren Schuldigen, wie Ludendorff und seine Heereschefen als Helden von heute gefeiert werden. Genosse Jechlin schilberte ferner, wie die Wahrheit über die Ruhrbesetzung aussieht, welche Verdienste der Sozialdemokratie hier ebenso gebühren, wie ihren Verurteilten unsere Danks zu stabilisieren. Besonders eindrucksvoll war, als Genosse Jechlin in dieser wichtigen Arbeit der Sozialdemokratie die „Erfolge“ der Kommunisten gegenüberstellte. Er schloß mit dem Hinweis, daß er selber eine stete Fortentwicklung in Deutschland will, sozialdemokratisch wählen könne und stürmischer Beifall seine letzten Worten. — In Friedrichshagen referierte Genosse Otto Meier über „Reichstagswahlen und Arbeiterkampf“. Der Redner betonte, daß das Jahr 1924 ein Kampfsjahr für die Arbeiterschaft sein wird und sehr klar und überzeugend auseinandersetzte, was die Arbeiterschaft tun müsse, um aus diesem Kampf als Sieger hervorzugehen. Rechts steht der Feind und die Reaktion. Er muß bekämpft werden, und das kann am besten und wirksamsten dadurch geschehen, daß am 4. Mai der Stimmzettel der sozialdemokratischen Partei gegeben wird. Genosse Meier behandelte sodann die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie, ihre energielosen Versuche, die Währung stabil zu gestalten und ihr teilfristiges Einsehen dafür, daß das Ruhrabenteuer der Arbeiterschaft nicht zur Katastrophe wurde. — In Riederichshausen behandelte Genosse Reuter den „Kampf um den neuen Reichstag“. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall unterbrochen und fanden das Ohr des überaus großen Saales.

In allen Versammlungen waren zahlreiche Kommunisten erschienen, die durch lärmende Zwischenrufe die Versammlungen zu stören versuchten. Über unsere Ordner waren auf dem Posten und entfernten die Radaumacher aus dem Saal. Auch in der Debatte nahmen die Kommunisten das Wort und honneren ihre bekannten Phrasen in den Saal. Ihr ganzes Verhalten war von größter Würdelosigkeit und bewies wieder einmal, mit welcher Skrupellosigkeit die Kommunisten versuchen, die Wohlfahrt einer Partei zu verhindern, die das Wohl der arbeitenden Massen anstrebt.

Der Wechsel im Präsidium der Reichsbahndirektion Berlin. An Stelle des in den Ruhestand getretenen Reichsbahndirektionspräsidenten Wulff ist der bisherige Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Dr. jur. Wilhelm Weirauch mit der Leitung der Reichsbahndirektion Berlin betraut worden. In den letzten Jahren bearbeitete er das wichtige Referat für Abfertigungsfragen im Güterverkehr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sonntag, 6. April, vorm 9 1/2 Uhr, große öffentliche Versammlung in der Brunnen Friedrichshain (großer Saal), am Friedrichshain. Tagesordnung: „Das Münchener Urteil gegen die Ludendorff-Hiller — ein Freireis für Hochverräter.“

24. Wkt. Donnerstag, den 3. April, 7 1/2 Uhr, bei Frau, Gubenstr. 18: Funktionärerversammlung Berlin. Wichtig!

25. Wkt. Donnerstag, den 2. April, 7 1/2 Uhr: Funktionärerversammlung bei Westf., Scheinstraße 18

26. Wkt. Die Genossen und Genossinnen beteiligen sich an der Frühlings- und Schulentfaltungsfest der sog. Arbeiterjugend am Donnerstag, 2. April, 7 Uhr, Schützenau Alte Jalousie 127.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

27. Wkt. Sonntag, die Vorstande des Frauenauschusses, Genossin Horn, ist erschienen. Versammlung Donnerstag, den 2. April, nachm. 3 1/2 Uhr, Friedrichshain, Grotze, Straße.

Gewerkschaftsbewegung

Das neue Gesicht.

Der Gewerkschaftsteil des „Vorwärts“ vom 1. April zeigt ein völlig neues Gesicht — schrieb die „Rote Fahne“ heute morgen. In Wirklichkeit verliert die „Rote Fahne“ um ein neues Gesicht anzunehmen, weil es ihr gerade in den Kram paßt. Durch Gegenüberstellung von zwei aus dem Zusammenhang gelösten Zitaten aus der Sonnabendausgabe und der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ sucht sie einen gewissen Widerspruch zu konstruieren in unserer Stellungnahme zur kommunistischen Taktik gegen die Gewerkschaften. Selbstverständlich sind wir auch jetzt noch der Auffassung, die wir am Sonnabend bei Beurteilung der „kommunistischen Gewerkschaftsfrage“ in den folgenden Sätzen beklundeten:

„Nach Lage der Dinge ist eine reinliche Scheidung dem jetzigen Zustand entschieden vorzuziehen. Die KPD sieht sich gezwungen, die Einheitsfronttakte fallen zu lassen. Die KPD zwingt die Gewerkschaften, die Krebszellen aus ihrem Organisationskörper auszuscheiden. Die KPD wird gezwungen, in ihren „selbständigen“ kommunistischen Gewerkschaften „reformistische“ Gewerkschaftspolitik zu treiben oder aber auf jede eigenständige Gewerkschaftsarbeit zu verzichten. So oder so wird die kommunistische Partei an ihrer „Gewerkschaftsfrage“ scheitern. Auch den Rückläufern der KPD liegt die Höhe des Stundenlohnes näher als die Weltrevolution.“

Die „Rote Fahne“ zitiert heute die ersten beiden Sätze und sucht sie in einem Gegensatz zu den folgenden Sätzen aus der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ zu bringen, in der wir uns gegen den alten Spöhbüchler: „Halte den Dieb!“ wandten, den die beladeten und unbeladenen kommunistischen Gewerkschaftspalter anwenden, indem sie den Gewerkschaftsvorständen unterstellen, daß sie selber die Gewerkschaften spalten wollen, die sieben Kommunisten aber es seien, die die Gewerkschaften vor dieser Spaltung retten. Wir bemerken dazu:

„Dieser Aprilscherz der „Roten Fahne“ erscheint uns denn doch nicht angebracht. Dafür ist uns die Sache, um die es geht, viel zu ernst. Die Fortsetzung dieses Zitats heißt die „Rote Fahne“ gerade da mit drei Punkten ab, wo sie ihre Leser besonders interessieren müßte. Ein russisches Sprichwort ... sagt: Lüge, aber mit Raß.“ Wir empfehlen den kommunistischen Instanzen, dieses Sprichwort mehr zu beherzigen, und schließen mit dem Satz, mit dem die „Rote Fahne“ ihr Zitat aus dem „Vorwärts“ abschließt: „Solche Scherze wie diesen Spaltungscherz müssen sie (die Gewerkschaften) sich schon verdienen. Das ist ein schlechter Scherz.“

Es wird dadurch nicht besser, daß die „Rote Fahne“ uns „erschrecken“, einen „neuen Gewerkschaftsbefehl“ und „ein völlig neues Gesicht“ andichtet. Weit eher könnten wir von einem „neuen Gesicht“ der „Roten Fahne“ sprechen, da sie es, abgesehen von der „faulen Sache der reformistischen Bureaucratie“, in dieser Polemik gegen den „Vorwärts“ fertig brachte, nicht ein einziges Schimpfwort zu gebrauchen. Wir wünschen, sie behalte dieses Gesicht: bei, befürchten jedoch, daß sie es nicht darf, weil eine wenigstens in der Sprache sachliche Polemik nicht kommunistisch-„revolutionär“ ist.

Chemische Industrie, IFA-Bund.

Resolution:

„Die IFA-Angestelltenfunktionäre der Chemischen Industrie nehmen mit Empörung Kenntnis von dem Verhalten der Arbeitgeber in den Schlichtungsverfahren am 1. April, worin sie die von den Arbeitgebern betriebene planmäßige Sabotage des Tarifgedankens erkennen.“

Die versammelten Funktionäre werden mit um so größerem Nachdruck die Bemühungen ihrer Organisationen, die auf das Zustandekommen eines Tarifes hinstreben, unterstützen.“

Sie erwarten von den Schlichtungsinstanzen und vom Reichsarbeitsministerium, daß dieser Sabotage des Tarifgedankens durch die Unternehmer scharfsten entgegengetreten wird, und hoffen, daß die Vertagung der heute begonnenen Schlichtungsverhandlungen auf fast acht Tage nicht der Anfang eines unwürdigen Zurückweichens vor den Forderungen der Unternehmer nach sozialpolitischer Willkürherrschafft bedeutet.“

Die Versammelten sehen voll und ganz hinter den von ihren Organisationen gestellten Forderungen, insbesondere der auf Aufrechterhaltung des Achtstundentages und auf einer 25prozentigen Aufbesserung der Februargehälter für den Monat März 1924.“

IFA-Tarifkommission der Chemischen Industrie.

Den Funktionären geht heute noch ein Rundschreiben betr. Bezahlungsmöglichkeiten zu.

Ein „Sieg“ der Roten Fahne!

Unter der Überschrift: „Reimann erhält eine Abfuhr“ bringt die „Rote Fahne“ einen Bericht über eine angebliche Betriebsversammlung der Spinnstofffabrik Jöhndorf. Triumphtierend berichtet sie über einen Sieg des „revolutionären Gedankens“. Anwesend waren von 2300 Beschäftigten 93 Versammlungsteilnehmer, davon einige Bonzen der SO. und der KPD. Ein Mann, der für die KPD, besonders dadurch qualifiziert scheint, daß er beim letzten Witten Streik seine Kollegen zum Ausschalten anfeuernte, sich selbst dann als Streikbrecher betätigte, beantragte, dem Oppositionsredner das Referat und Reimann das Korreferat zu

übertragen. Reimann lehnte das Korreferat ab und verlies, als mit der „reihigen Mehrheit“ von 64 Stimmen bei 93 Anwesenden und zweimaliger Abstimmung der Antrag angenommen wurde, die Versammlung; ihm schloß sich ein Teil der Anwesenden an. Da die KPD-Bonzen jedes Augenmaß verloren haben, geben sie auch hier falsche Zahlen an. Das Referat wurde vor 58 Teilnehmern gehalten. Die Versammlung erndete, da die revolutionären Brüder der KPD, KPD, Syndikalisten und Unorganisierte unter sich blieben, in einer großen Schlägerei, so daß der Wit des Lokals mit polizeilicher Hilfe die Vertreter des „revolutionären Proletariats“ an die frische Luft setzte. Wir gratulieren der „Roten Fahne“ zu dem Erfolg des „revolutionären Gedankens“.

Quertreibern im IFA.

In der gestrigen Versammlung der IFA-Funktionäre, Gruppe Metall, sollte über die Stellungnahme zum Tarif Beschluß gefaßt werden. Infolge der letzten Borkommnisse innerhalb des IFA war diese außerordentlich wichtige Funktionärenversammlung nur spärlich besetzt. Sofort bei Beginn der Versammlung beantragte die Opposition, daß die ausgeschlossenen Funktionäre, wie Kasper, Hesse und Standfuß zur Versammlung zugelassen werden sollen. Der Antrag wurde angenommen, trotz dem Hinweis des Vertreters des Verbandesvorstandes, daß der Antrag statutenwidrig sei. Da diese Warnung nicht beachtet wurde, sah sich der Verbandsvorstand gezwungen, mit einigen Funktionären den Saal zu verlassen. Höhnisches Gekack und lebenswichtige Aufsegleitete ihn.

Die Ausschlossenen Hesse und Kasper suchten nun nachzuweisen, daß ihre Arbeit nie verbandsschädigend gewesen sei, und erklärten, daß ihr Ausschluß statutenwidrig sei. Der Verbandsvorstand habe alle Fühlung mit den Mitgliedern verloren, die Ortsverwaltung sei belohnhaft eingestellt, und so gings weiter in der bekannten Tonart. Schließlich nahm die Versammlung noch eine Resolution an, die sich auf den Boden der Beschlüsse der kommunistischen Freitagversammlung stellt. Mitgeteilt wurde noch, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches erfolgt sei.

Streik der Eisenbahner.

Im Reichsbahndirektionsbezirk Elberfeld ist gestern nachmittag ein Teil der Eisenbahner in den Streik getreten. Besonders werden die Stationen Wlke und Steinbach davon betroffen. Etwa 220 Mann stehen im Streik. Die Direktion macht bekannt, daß, wer sich am Streik beteiligt, sofort entlassen ist.

Aus Karlsruhe wird von einem Abkauer des Streikbewegung berichtet, die im allgemeinen auf Mannheim, Heidelberg und Umgebung begrenzt sei. Im Bezirk des Bahnpostens Karlsruhe haben die Streikenden den Dienst wieder aufgenommen und auch im übrigen Streikgebiet seien zahlreiche Arbeiter wieder zum Dienst erschienen. In Mannheim sind etwa 8000 Arbeiter am Streik beteiligt.

In Nürnberg haben die Rangierarbeiter die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderung auf Wiedereinführung des Achtstundentags abgelehnt wurde.

In Königsberg i. Pr. hat sich ein Teil der Arbeiter der Bohlenwerke geweigert, die zehnte Arbeitsstunde zu leisten. Es soll sich um etwa ein Drittel der Belegschaft handeln, das striktos gekündigt wurde.

In Berlin streiken die Güterbodenarbeiter auf dem Anhalter Bahnhof.

Da die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium erneut gescheitert sind, ist mit einer weiteren Ausbreitung der Bewegung zu rechnen. Wie die BS-Korrespondenz berichtet, treten die Gewerkschaften im Laufe des Tages zusammen, um zu dem gestrigen Angebot des Reichsverkehrsministers Stellung zu nehmen.

Idealkonflikte für reaktionäre Unternehmer.

Uns wird geschrieben: Die wirklichen Absichten, besonders der kleinen und mittleren Unternehmer, bei ihrem Kampf gegen den „schematischen Achtstundentag“ zeigen die Zustände vieler solcher Betriebe mit erschreckender Deutlichkeit. In solchen Betrieben sind Arbeitszeiten — und leider sehr oft im Einverständnis der Arbeiter — eingeführt, die auf keinen Fall durch die Wirtschaftlichkeit des Betriebes bedingt sind, sondern sich aus der Profitgier und Ausbeutungslust der Besitzer erklären. Solche charakteristischen Merkmale weist auch der Betrieb der Firma Friedrich Duetzsch, Berlin-Nikolaienberg, Frankfurter Allee 101, auf. Es handelt sich hier um einen kleinen Betrieb, der circa 25 Mann beschäftigt. Die Arbeiter dieser Firma sind zum großen Teil Zwischenarbeit für größere Werkzeugfabriken. Die „normale Arbeitszeit“ des Betriebes beträgt 10 Stunden, jedoch sind Arbeitsleistungen von 11, 12, 13 Stunden an der Tagesordnung. Arbeitern, die sich dieser unmenschlich langen Arbeitszeit nicht fügen und sonst ihre gewerkschaftlichen Grundsätze nicht mit Füßen treten lassen wollen, wird sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß in diesem Betrieb für sie kein Platz ist. Unter diesen Umständen nimmt es weiter nicht Wunder, daß in diesem Betriebe eine gesetzliche Betriebsvertretung überhaupt nicht vorhanden ist. Bei der zum größten Teil jungen, gewerkschaftlich unerfahrenen Kollegenchaft kann dieser Kulturunternehmer leider seine Scharfmachereikünste und seine sozialpolitische Rückständigkeit nur zu leicht durchsetzen. Dieser Betrieb ist erneut ein Beweis für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation und gewerkschaftlicher Schulung der Arbeiter, weil nur hierdurch solche Pöschmannieren rückständiger Unternehmer überwandten werden können. Dieser Betrieb zeigt auch weiter, daß die Arbeiterschaft tatsächlich in vielen Fällen, hauptsächlich in mittleren und kleineren Betrieben mit die Schuld daran trägt, wenn soziale Rückständigkeit und Scharfmachertum Triumphe feiern.

Wieder ein ungeschlichteter Schiedsspruch.

Köln, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach den ergebnislosen Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberern der feuerfesten Industrie des Mittelrheins mit dem Fabrikarbeiterverband hat der Schlichtungsausschuss folgenden Spruch gefällt: Für Brenner wird die zwölfstündige Wechselschicht wieder eingeführt. Die Anwesenheit im Betrieb darf im Durchschnitt 72 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Diese 72 Stunden werden ohne jeden Ueberstundenzuschlag vergütet. Als Ueberstunden gelten die reinen Arbeitsstunden über 72 Stunden innerhalb sieben Tagen. Falls eine Einigung über event. Erleichterungen im Betrieb nicht erzielt wird, entscheidet auf Wunsch des Gewerkschaftsausschusses. Der Fabrikarbeiterverband hat diesen jeder gesetzlichen Grundlage entbehrenden Spruch selbstverständlich abgelehnt.

Verhandlungen im Kohlenbergbau.

Essen, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat für Sonnabend Verhandlungen über die Lohnforderungen der vier Bergarbeiterorganisationen festgelegt. Die Mittelstelle des Zechenverbandes, daß Lohnverhandlungen ausichtslos seien, hat im Ruhrgebiet große Beunruhigung hervorgerufen. Selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ weist darauf hin, daß im Interesse einer ruhigen Entwicklung im Ruhrgebiet die Lohnfrage in zufriedenstellender Weise geregelt werden müsse.

Um den Achtstundentag in Belgien.

Die belgische Regierung hat eine besondere Kommission aus Vertretern der Industriellen, der Arbeiter und der Finanzwelt zur Ausarbeitung eines Berichtes über den achtstündigen Arbeitstag ernannt.

Chemische Industrie. Die Lohnverhandlungen am Montag führten zu keinem Resultat. Weitere Verhandlungen vor dem Haupttarifamt finden voraussichtlich morgen, Donnerstag, statt. Verband der Fabrikarbeiter.

Zentralverband der Metallisten und Belager. Freitag, den 4. April, ebenfalls 6 Uhr, im Saal der Feuer- und Wasser-Verwaltung, allgemeine Sitzung unter Vermittlung 1. Stellungsnahme zur Revision, 2. Diskussion, 3. Berichtlesen. Da die Revision für unsere Organisation von sehr großer Bedeutung ist, ist es Pflicht eines jeden Funktionärs, an der Versammlung teilzunehmen oder einen Vertreter zu entsenden. Die Ortsverwaltung.

Wirtschaft

Juder für industrielle Zwecke. Durch eine Verordnung ist der Bezug und die Verwendung von Juder zur gewerblichen Verarbeitung freigegeben. Die Verordnung tritt mit dem 15. April 1924 in Kraft.

Morgankredit für die Schweiz. Die Schweizer Bundesregierung nimmt durch Vermittlung des New Yorker Bankhauses Morgan eine Anleihe von 30 Millionen Dollar in Amerika auf, die in der Hauptache zur Deckung der notwendigen Getreidekäufe in den Vereinigten Staaten dienen soll. — Morgan soll nächstens in Konstantinopel eintreffen und alsdann nach Angora weiterreisen.

Die russische Getreideausfuhr nach Deutschland im Februar. Nach Moskauer wirtschaftsamtlichen Angaben betrug die russische Getreideausfuhr nach Deutschland im Februar d. J. 82339 Tonnen im Werte von 6.174.039 Goldrubel gegenüber 314236 Tonnen im Werte von 23.273.171 Goldrubel im Januar. Wie im Januar ging auch im Februar, wie der Ost-Express meldet, ein Teil der russischen Getreideausfuhr über Deutschland nach Holland, Belgien, Dänemark usw. An erster Stelle steht allerdings Deutschland mit 24.078 Tonnen, darunter 9176 Tonnen Roggen und 5985 Tonnen Hirse. An zweiter Stelle kommt Holland mit 21.935 Tonnen, darunter 7650 Tonnen Gerste und 7000 Tonnen Weizen. Der Rückgang der russischen Getreideausfuhr nach und über Deutschland wird zum Teil auf das Steigen der Getreidepreise in Russland zurückgeführt. In letzter Zeit macht sich auf dem deutschen Markt die Konkurrenz Argentinien, insbesondere in bezug auf Weizen, bemerkbar. In bezug auf Roggen treten die Vereinigten Staaten als Konkurrent auf. Fast gänzlich ist der Absatz von Gerste, Buchweizen und Hirse. Bei Hafer hat Russland gegen die inneweisende Konkurrenz anzukämpfen. Bemerkenswert ist der starke Rückgang der russischen Getreideausfuhr im Februar auf etwa ein Viertel des Standes vom Vormonat.

Ueberschüsse im englischen Staatshaushalt. Die englischen Budgetergebnisse des letzten Rechnungsjahres vom 1. April 1923 bis März 1924 sind am Dienstag veröffentlicht worden. Daraus ergibt sich ein Ueberschuss der Einnahmen über die Ausgaben von 48 Millionen Pfund Sterling. Diese Summe ist besonders bemerkenswert, weil im Haushaltsplan bereits ein anderer Ueberschussposten von 40 Millionen Pfund zur Schuldentilgung enthalten war. Auch die 48 Millionen Pfund Ueberschuss werden zur Rückzahlung der Schulden verwendet. England hat in jedem der letzten vier Jahre einen erheblichen Budgetüberschuss erzielt, der insgesamt 780 Millionen Pfund Sterling (rund 15 Milliarden Goldmark) beträgt.

Besondere für Gellert: Carl Reuter; Wilscholt; Felix Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: A. Gehrman; Neuland: Dr. John Schifowski; Pöschel und Gehrman; Felix Reuter; Angewandte: H. Gehrman; Hirsch in Berlin. Berlin: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 61, Lindenstraße 7.

Achtung! Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Achtung!
Donnerstag, den 3. April 1924, abends 7 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36 b:
Wichtige Funktionärkonferenz. Die Stellungnahme zur jetzigen Lage im Eisenbahnbetrieb.
Jeder Funktionär muß erscheinen.
Tagesordnung:
Die Ortsverwaltung.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Betriebsbetriebe
Berlin N24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit -
Das Beste — das Billigste!
Herrenanzüge 48.- 38.- 32.- 19.-
Knabenanzüge 19.- 16.- 12.- 9.-
Hosen 18.- 15.- 12.- 9.- 3.-
Alle Waren spottbillig! — Riesenauswahl! Fahrvermittlung.
Vermittlung jeder Kunde ein Geschenk
G. Prager, Brunnenstraße 51, 3. Mtl. v. Dtl. Gesuntheit
Kapitan-Kautabak
unverwundlich im Wochengeschäft. Nur echt wenn Firmenschild in den meisten Geschäften käuflich. Für Wiederverkauf durch G. Prager, Kautabak, Lindenstraße 31 (1. Etage)

Bestwäsche
Wäschestoffe
Leibwäsche
Tischwäsche
Frottierväsche
Deckenüberzüge
Kopfkissen
Bettkissen
Möbeteile
Handtücher
Hemdentücher
Damaste
Dimiti, Linons
Züchen, Nessel
Kaffeedecken
Küchenhandtücher
Fischtücher
Servietten
Wäscheabdruck
S. Elphorn
Neukölln
Hauptstraße 31
s.d. Hermannstr.

Qualitätswaren!
Anzüge Mäntel Hosen
Cheviot, Melton, Homespun, in guter Qualität, erstklass. Verarbeitung, prima Schnitt, viele Facetten
Homespun, Marengo, Melton, große Auswahl, nur beste Qualität, gute Verarbeitung, in all. Formen
Kammgarn, Buchsien, Cord, Satin, gediegene Stoffe, große Auswahl, feste Näharbeit, Spez. Breches
29⁵⁰ **27⁵⁰** **6⁵⁰**
17.50 28.- 65.- 78.- 85.- 17.50 28.- 65.- 78.- 85.- 6.- 8.- 11.- 17.-
Boxagener Str. 47
s. Bahnh. Strassen-Kommun. Burg, Ecke Holsteinkass. 1. Trepp.
Badstr. 16
am Bahnhof Gewandhaus, Ballhofstraße 1 Trepp.
Kleczewski
Wilmersdorfer Str. 127
am Bahnh. Charlottenb., Ecke Schillerstraße, 1. Trepp.
Kottbuser Str. 4
Friedrichshagen, Kottbuser Tor, Autobusvielf. Straßenzug.

Frage
Wo kaufe ich billig Schokoladen?
Antwort
Nur bei
Eisen & Diamant
Kaiserstraße 4.
Abteilung II:
Zigaretten - Engros - Vertrieb
Andreasstr. 13 (Schles. Bahnh.)
Leder — billig!
Siegener Sohl-Coupons.
Freudenberg-Caf.
Rote u. braune Oberleder.
Berthold Ruttner
Hilfenbergstraße 14. (1.-3. Etage)